



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kampf gegen Corona XI: Expertise in Post- und Long-COVID-Versorgung in die Fläche tragen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, als SARS-CoV-2-Vorbereitung für den Herbst und Winter 2022 die bisherigen Bemühungen in der Verbesserung der Versorgung der an Post- bzw. Long-COVID leidenden Personen weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Insbesondere sollen die Universitätskliniken als Cluster-Koordinationskrankenhäuser bestimmt und gefördert werden, damit sie gezielt mittels Telemedizin ihre Erfahrungen und Expertise in die Fläche tragen und die Vernetzung und Koordination zwischen Ärztinnen und Ärzten, spezialisierten Ambulanzen und Reha-Kliniken verbessert und langfristig etabliert wird.

Begründung:

Coronalangzeitfolgen können jeden Erkrankten und jede Erkrankte treffen. Bisher bleibt eine Post-COVID-Erkrankung aber leider oft unentdeckt und unbehandelt. Das gilt gerade bei Menschen, bei denen eine Coronainfektion mild oder teilweise unbemerkt verlaufen ist und diese deshalb nicht ärztlich behandelt wurde. Das Ziel soll sein, Post-COVID-Betroffenen einen schnellen und adäquaten Zugang zu medizinischer Versorgung und zu einer Reha jetzt und auch in der Zukunft zu ermöglichen, egal, ob auf dem Land oder in der Stadt.

Post-COVID kann die Lebensqualität Betroffener massiv einschränken. Die Symptome sind vielfältig und können unter anderem von Erschöpfung über Kopfschmerzen bis hin zu Konzentrationsstörungen und psychischen Beschwerden reichen. Deshalb ist es nötig, dass Symptome möglichst früh diagnostiziert und interdisziplinär behandelt werden – sonst kann eine Langzeiterkrankung oder gar Chronifizierung eintreten. Eine niedrigschwellige Diagnostik sowie die Verzahnung zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie Post-COVID-Ambulanzen und Rehakliniken soll weiterhin verbessert werden und vor allem längerfristig und flächendeckend verfestigt werden. Es ist wichtig, dass die vielen Erfahrungen aus der universitären Diagnostik, Forschung und Behandlung umgehend in die Fläche fließen können und längerfristige Kooperationen mit dem niedergelassenen Sektor sowie den Rehakliniken entstehen. Für diesen Zweck sollen Universitätskliniken bestimmt und gefördert werden, damit sie diese Aufgabe aktiv und konsequent übernehmen und koordinieren. Das Ziel soll die Weiterführung bestehender Versorgung und derzeitiger Forschungsprojekte in diesem Bereich sein sowie die langfristige Etablierung einer evidenzbasierten Post- bzw. Long-Covid-Versorgung der Betroffenen in Bayern.